

„Die Politiker haben Christus verjagt“

Spanien und Italien — die Kirche auf dem Rückzug aus der Politik

In den beiden erzkatholischen Ländern Spanien (98,51 Prozent Katholiken) und Italien (99,6 Prozent Katholiken) wäre eine einheitliche Stellungnahme der Bischöfe zu einer rein weltlichen Streitfrage wie der Staatsverschuldung heute kaum denkbar — und das will etwas heißen: In Spanien war bis 1967 eine andere Religion als die katholische von Staats wegen verboten, Primas von Italien ist der Papst.

Den spanischen Bürgerkrieg hatte der Erzbischof von Toledo als Kardinal-Primas von Spanien zum Kreuzzug gegen die Republik erklärt, die meisten Bischöfe bejubelten Franco. Erst in den letzten Jahren der Diktatur löste sich die Kirche vorsichtig vom Franquismus. Nach dem Tod des Diktators hat die Bischofskonferenz dann den Demokratisierungsprozeß teils vorsichtig, teils ermunternd begleitet.

Beim Referendum über die neue demokratische Verfassung im Dezember 1978 zeigte sich, daß die spanische Kirche gespalten war in eine liberale Mehrheit, die den Reformkurs der Regierung stützte, und in eine erzkonservative nationalkatholische Minderheit.

60 von 75 Bischöfen der Bischofskonferenz traten dafür ein, in allen Gemeinden eine neutrale Erklärung zu verlesen, in der dem Gläubigen erlaubt wird, „ganz allein nach seinem Gewissen“ für oder gegen die neue Verfassung zu stimmen.

10 konservative Bischöfe nur weigerten sich, diese neutrale Erklärung zu akzeptieren. Sie ließen eine eigene Erklärung mit dem Aufruf verlesen, gegen die Verfassung zu stimmen, weil sie „liberal, marxistisch, revolutionär und antichristlich“ sei, so der Bischof von Cuenca, Monseñor Guerra Campos.

Vor der letzten Parlamentswahl im März 1979 gab die spanische Bischofskonferenz eine Erklärung heraus, in der sie die Wähler warnte, Parteien zu wählen, die für Ehescheidung und Abtreibung eintreten und die Erziehung sozialisieren wollten — gemeint waren vor allem Kommunisten und Sozialisten.

Nur wenigen Bischöfen reichte diese Warnung nicht. Monseñor Guerra Campos etwa forderte die Gläubigen von der Kanzel aus auf: „Die Politiker haben Christus schon aus dem Parlament verjagt. Sorge du dafür, daß er nicht auch noch aus Spanien vertrieben wird.“

Auch die italienische Bischofskonferenz mit ihren über 200 Mitgliedern hat vor Wahlen immer wieder Erklärungen abgegeben, teils förmliche Hirtenbriefe, teils „Mitteilungen“, die in der Öffentlichkeit als Wahlhilfe für die seit 34 Jahren regierende Democrazia cristiana (DC) gewertet wurden.

Aber: Zur Zeit von Papst Pius XII. ließ die Aufforderung, „christlich“ zu wählen, keinen Zweifel daran, daß Katholiken eben nur für die DC stimmen durf-



Papst Johannes Paul II.
Tadel für Abtreibungsgesetz

ten. Seit Ende der 60er Jahre jedoch wurden die frommen Erklärungen differenzierter, vorsichtiger.

Bis zu den Parlamentswahlen von 1968 betonten die Bischöfe häufig die „Einheit der Katholiken“, so in einem Appell von 1964, vor Provinz- und Kommunalwahlen: „Die Einheit der Katholiken — auch im bürgerlich-gesellschaftlichen Bereich — ist weiterhin eine Notwendigkeit, die verteidigt und gefördert werden muß.“

Das hieß, nunmehr verklausuliert immer noch: DC wählen! Seit 1970 aber taucht diese Formel von der „Einheit der Katholiken“ nicht mehr auf. Die Oberhirten akzeptierten, obwohl gewiß widerwillig, daß Katholiken für eine andere Partei als die DC stimmen könn-

ten. Überdies mißfiel die DC wegen vieler Skandale und Mißwirtschaft sogar hohen Klerikern.

Bei den Parlamentswahlen von 1976 stimmten dann Hunderttausende von liberalen oder linken Katholiken für die KPI, zumal prominente Linkskatholiken als Unabhängige auf den KPI-Listen kandidierten. Selbst im „ewigen“ Rom regiert seit 1976 eine KPI, obwohl — ein deutlicher Rückfall — der Generalvikar des Papstes für das Bistum Rom, Kardinal Poletti, die Wähler gemahnt hatte, dafür zu sorgen, daß die „Stadt Gottes“ nicht den Atheisten in die Hände falle.

Zu konkreten Fragen haben die Bischöfe in der letzten Zeit nur dann noch Stellung genommen, wenn diese die kirchliche Doktrin oder moraltheologische Fragen berührten: katholische Erziehung, Ehescheidung, Abtreibung.

Aber nicht mal in Fragen der Moral folgen weite Kreise der italienischen Katholiken ihren Oberhirten mehr. So hatten Vatikan und Bischöfe im Verein mit den Christdemokraten die Einführung der Ehescheidung verhindern wollen — vergeblich. Das Gesetz kam 1970 durch.

Katholische Ultras sammelten dann 1,3 Millionen Unterschriften für ein Referendum zur Beseitigung der Reform. Bischöfe und Vatikan förderten den Plan, wobei sie auf das katholische Sakrament der Ehe und auf das Konkordat verwiesen.

Doch der Kreuzzug gegen die Scheidung mißlang: In der Volksabstimmung vom 12. Mai 1974 waren 59 Prozent der Wähler dafür, das Scheidungsgesetz beizubehalten. Scheidungsfeind Papst Paul VI. empfand „Schmerz und Erstaunen“.

Seitdem ist die Kirche noch vorsichtiger geworden. Sie kämpfte nur noch versteckt gegen das liberale Abtreibungsgesetz, das 1978 in Kraft trat. Derzeit sammeln abermals Katholiken Unterschriften, um das Gesetz wieder abzuschaffen. Die Bischöfe ahnen wohl, daß die Kampagne fehlschlägt, und helfen nur halbherzig.

Allerdings tadelte Papst Johannes Paul II. das Gesetz heftig: „Das Leben im Mutterschoß darf nicht unterdrückt werden.“

Prompt warfen die Sozialisten dem Papst „unerhörte Einmischung in die staatliche Sphäre“ vor.